

Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

1. Vorbemerkungen

Nach § 4a Abs. 1 Deutsche-Welle-Gesetz (DWG) ist die Deutsche Welle (DW) aufgefordert, in „eigener Verantwortung unter Nutzung aller für ihren Auftrag wichtigen Informationen und Einschätzungen, insbesondere vorhandenem außenpolitischen Sachverstand“, eine vierjährige Aufgabenplanung zu erstellen, die jährlich fortzuschreiben ist.

Nach dem Gesetz ist vorgesehen, dass die DW (auch) unter Einbeziehung der Stellungnahme der Bundesregierung die Aufgabenplanung durch den Rundfunkrat mit Zustimmung des Verwaltungsrates beschließt. Falls die DW in ihrer Aufgabenplanung der Stellungnahme der Bundesregierung nicht folgt, ist dies gemäß § 4b Abs. 5 DWG zu begründen.

2. Kriterien

Die Kriterien der Beurteilung der Aufgabenplanung ergeben sich aus dem DWG. So ist nach § 4a Abs. 2 DWG die Aufgabenplanung so zu gestalten, dass Programmziele, Schwerpunktvorhaben sowie die Gewichtung der Angebote zur Erfüllung der Aufgaben nach §§ 3 und 4 DWG deutlich werden. Dabei sind die Angebote (Hörfunk, Fernsehen, Telemedien) zu differenzieren nach Zielgebieten, Zielgruppen, Verbreitungswegen und Angebotsformen. Als vierter Tätigkeitsbereich sind Maßnahmen zur „Aus- und Fortbildung von Medienschaffenden, insbesondere im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und der Förderung der auswärtigen Beziehungen“ darzustellen (§ 4 Abs. 3 DWG).

Alle vier Tätigkeitsbereiche sind ständig zu evaluieren. Deshalb muss die Aufgabenplanung nach § 4a Abs. 4 DWG eine Darstellung der für die Bewertung der Angebote maßgeblichen Kriterien enthalten. Dabei ist zu erläutern, aus welchen Gründen die vorgeschlagenen Verbreitungswege und Angebotsformen für die jeweiligen Zielgebiete und Zielgruppen vorgesehen werden und wie sich die Zusammenarbeit mit Dritten vollziehen soll.

Nach § 4b Abs. 5 Satz 2 DWG hat die Aufgabenplanung auch „die Kalkulation der Betriebs- und Investitionskosten im Planungszeitraum“ zu enthalten.

3. Grundsätzliches

- 3.1 Der Entwurf lässt erkennen, von welchen Zielen sich die DW in ihrer Unternehmensplanung leiten lässt. Die Darstellung muss sich messen lassen am hohen politischen Interesse der Bundesregierung, die sich im Koalitionsvertrag verpflichtet hat, die DW in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu stärken (vgl. S. 114 Koalitionsvertrag vom 11.11.2005). Der Entwurf ist als „work in progress“ zu verstehen. Erst nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens von Bundesregierung, Bundestag und Öffentlichkeit werden die Aufsichtsgremien endgültig die Aufgabenplanung der DW beschließen (vgl. § 4b Abs. 5 Satz 1 DWG).

Grundsätzlich zu begrüßen ist die Schwerpunktsetzung auf die Bereiche

- europäische Zusammenarbeit,
- arabischer Sprachraum sowie Iran,
- Asien.

- 3.2 Grundsätzlich hat sich der Entwurf der Aufgabenplanung an den „finanziellen Rahmendaten der Bundesregierung“ zu orientieren (vgl. § 4a Abs. 1 S. 3 i.V.m. § 4b Abs. 1 DWG), hier an die vom Bundeskabinett am 22.02.2006 für die Jahre 2006 – 2009 festgelegten Zahlen.

Nach Auffassung des BKM ist dabei jedoch zu berücksichtigen, dass der DW wegen der vorgezogenen Bundestagswahl im Jahre 2005 und der verzögerten Aufstellung des Bundeshaushalts 2006 erst am 1. März 2006 die Zahlen der Mittelfristigen Finanzplanung mitgeteilt werden konnten und bereits im Jahre 2006 die Rahmendaten für die Jahre 2007 – 2010 vom Bundeskabinett festgelegt werden.

Im Hinblick darauf wird erwartet, dass die DW ihre Planungen für 2007 – 2010 anpaßt, zumal im Laufe des Beratungsverfahrens die aktuellen Zahlen bis 2010 bekannt und berücksichtigt werden können.

Auf Seite 39 stellt die DW ihren Finanzbedarf in einer cursorischen Gesamtübersicht dar. Zu berücksichtigen ist, dass ein Mehrbedarf in Höhe von 4 Mio. € in Ansatz gebracht wird und zwar für

- die Implementierung von GERMAN TV in DW-TV (2 Mio. €) und
- den Ausbau des „arabischen Fensters“ in DW-TV (2 Mio. €).

Mit Schreiben vom 01.03.2006 hat BKM der DW die vom Bundeskabinett am 22.02.2006 beschlossenen mittelfristigen Finanzplanungsdaten der Bundesregierung für die Jahre 2006 bis 2009 mitgeteilt. Der auf 4 Mio € bezifferte Mehrbedarf ist darin nicht enthalten. Ob diesem Mehrbedarf entsprochen werden kann, wird sich im Zuge der Haushaltsberatungen herausstellen.

- 3.3 Für eine medienpolitische Bewertung wäre eine Darstellung zu anderen in- und ausländischen Anbietern hilfreich. Damit ließe sich einschätzen, wie die DW in Konkurrenz zu anderen Auslandssendern (BBC, RFI etc.) zu positionieren ist. Dies gebietet insbesondere der Wettbewerb um Marktanteile durch global operierender

(Satelliten-) TV-Sender wie z.B. der neue französische TV-Auslands-Sender CF II, Russia Today und Al Jazeera International.

- 3.4 Ein Zeitmaßnahmeplan für die Jahre 2006 bis 2009 würde deutlich erkennen lassen, in welchen jährlichen Zwischenschritten die DW welches Hauptziel erreichen möchte. Hilfreich wäre eine Darstellung zu den jeweiligen Kontinenten, welche die verschiedenen Angebote und deren Korrelation zwischen den jeweiligen Aktivitäten besser erkennbar machen könnte; dabei sollten die drei Angebote (Hörfunk, Fernsehen und Telemedien) jeweils gesondert dargestellt werden.
- 3.5 Die Aussagen zur Evaluierung gemäß § 4a Abs. 4 DWG sind auf Seite 43 und 44 dargestellt und lassen erkennen, wie schwierig die Wirkung des deutschen Auslandssenders zu erfassen ist. Die Relevanz und die Wirkungsweise der DW ließen sich jedoch um so besser einschätzen, je mehr die Situation der anderen Sender aus dem In- und Ausland einbezogen würde.
- 3.6 Im Gegensatz zum Aufgabenentwurf aus der letzten Legislaturperiode hat die DW es unterlassen, ihre Planung zum sog. „Integrationsrundfunk“ darzustellen. Danach war vorgesehen, dass die 30 Fremdsprachenredaktionen im Hörfunk der ARD besondere Kooperation anbieten (im Kontext der Integrationsmaßnahmen für Migranten). Die Sach- und Sprachkompetenz dieser Hörfunkredaktionen sollte genutzt werden.
- 3.7 Im Bereich der Zusammenarbeit mit Dritten (§ 8 DWG) sind weitere Kooperationen denkbar, so mit der Kulturstiftung des Bundes (Halle), der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (Berlin), der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland (Bonn), mit dem Deutschen Historischen Museum (Berlin) sowie mit den sich auf § 96 BVFG stützenden Einrichtungen zur Erforschung und Präsentation deutscher Kulturgeschichte im östlichen Europa, so mit dem Deutschen Kulturforum östliches Europa (Potsdam). Auch könnte der Frage nachgegangen werden, ob Kooperationen auch auf unabhängige Produktionsunternehmen oder Produktionen Dritter, die bisher nicht berücksichtigt wurden (Filmarchive, private Anbieter), ausgedehnt werden können.
- 3.8 Es wäre wünschenswert, DW-TV insgesamt auszubauen und die übrigen DW-Angebote darauf abzustellen.

Begrüßt wird, dass die DW ein Konzept erarbeitet, TRANS TEL „verschlankt“ weiterzuführen und dazu die bessere Kooperation von ARD und ZDF beim deutschen Auslandsfernsehen zu nutzen.

Die Möglichkeiten der verstärkten Einspeisung von DW-TV in größeren Kabelnetzen – vor allem in besonders wichtigen Regionen wie Nordamerika, Asien, Russland – könnten klarer benannt werden. Der Hinweis auf „den ausgesuchten Mix der drei Medien“ (Kabel, Satellit, Internet) erschließt noch zuwenig, nach welcher Strategie die Angebote erfolgen.

Die Bundesregierung hofft, dass Kooperationen mit den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland das TV-Programm der DW bereichern. Die mit dem früheren Programm GERMAN TV gemachten Erfahrungen („Best-Off-Ansatz“) sollten im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten genutzt werden.

- 3.9 Auch dem erklärten Ziel „Deutschland ... über die Weltsprache Englisch ins Bewusstsein der relevanten Multiplikatoren“ (Seite 7) zu rücken, könnten konkrete – insbesondere auf die Schwerpunktregionen zugeschnittene – Handlungsschritte folgen.
- 3.10 Inwieweit § 4 DWG, insbesondere die Verständlichmachung von „Deutschland als europäisch gewachsener Kulturnation und freiheitlich verfassten Rechtsstaat“, als Redaktionsprinzip umgesetzt wird sowie die Förderung der deutschen Sprache im Sinne einer Strategie, könnte weiter plausibel gemacht werden.

4. Im Einzelnen:

4.1 „Europäische Zusammenarbeit“ (S. 31)

Die am 01.01.2007 beginnende deutsche EU-Präsidentschaft ist nicht angesprochen worden. Da sich die DW der besonderen Rolle Deutschlands in diesem Zeitraum bewusst sein wird, wäre zu erläutern, wie sie diese Phase begleiten möchte.

Angesichts der politischen Interessen Deutschlands an Kooperationen mit Ostmittel-, Ost- und Südost-Europa wäre ein Medienkonzept unter besonderer Berücksichtigung Russlands wünschenswert. Von Vorteil wäre eine Darstellung zu den bereits realisierten, den problematischen sowie den geplanten Mittelwelle- und UKW-Frequenzen in Moskau und anderen Metropolen in Europa.

Hilfreich wäre ein Fernseh-Konzept für das östliche Europa mit Schwerpunkt Russland im Hinblick darauf, dass die deutsche Sprache in dieser Region eine besondere Bedeutung hat. Dies folgt aus der besonderen Affinität zur deutschen Sprache und zu Deutschland in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa. Dieser Stand sollte erhalten bleiben.

Zu begrüßen ist, dass die DW am 3. Oktober 2005 ein Programmfenster für Weißrussland eingerichtet hat, das für die Dauer eines Jahres von der Europäischen Kommission gefördert wird. Unklar ist allerdings, wie die Finanzierung der Weiterführung des Programms nach Jahresfrist erfolgen soll. Die Ausführungen enthalten noch nicht detailliertere Angaben zu den spezifischen Zielgruppen in Belarus, zu einer Erforschung der Hörerakzeptanz sowie zu einer genaueren Programmdeskription.

Dem Hinweis auf Seite 32 der Aufgabenplanung ist zuzustimmen, nach dem für diejenigen Länder, die wegen staatlicher Kontrolle ein Rebroadcasting nicht zulassen (z.B. Weißrussland und zentralasiatische GUS-Republiken), eine analoge Kurzwellen-Versorgung aufrechterhalten werden sollte. Wie das Programm im Rahmen des „zentralasiatischen“ und des geplanten „Kaukasus-Fensters“ ausgestaltet werden wird, sollte dargestellt werden.

4.2 „Arabischer Sprachraum/Iran“ (S. 32)

Es ist medienpolitisch sinnvoll, einen deutlichen Schwerpunkt im arabischen Sprachraum/Iran zu bilden. Dies gilt besonders für

- den vorgesehenen Ausbau des „arabischen Fensters“ von DW-TV
- den Übergang von der analogen Kurzwelle zu entsprechenden UKW-Angeboten
- die Weiterentwicklung der entsprechenden Angebote bei DW-World, insbesondere für Persisch (Farsi).

Diese Ziele lassen sich nur erreichen, wenn die verfügbaren Haushaltsmittel entsprechend eingesetzt werden. Dabei gilt es die Konkurrenz auf dem arabischsprachigen Fernsehmarkt (z.B. durch BBC- Arabisch ab 2007) zu berücksichtigen; dies um so mehr, als das Auswärtige Amt (AA) erklärt hat, ab 2007 nicht mehr in der Lage zu sein, das „arabische Fenster“ mit Projektmitteln zu unterstützen. Der geplante Ausbau des Programms von derzeit drei auf sechs oder acht Stunden pro Tag wird begrüßt. Die Finanzierung wird Gegenstand der Haushaltsberatungen sein. Die Medienpräsenz der DW in der arabischen Welt ist von hoher politischer Bedeutung.

Unter Bezugnahme auf Ziffer 3.3 wäre es begrüßenswert, die (weltweit einzigartige) Konkurrentenlage der DW gerade im arabischen Bereich darzustellen.

Die Präsenz der DW in der arabischen Welt mit Hörfunk ist politisch sinnvoll. Dafür wären eigene UKW-Frequenzen geeignet. Der DW ist zuzustimmen, dass in den arabischen Ländern der UKW-Empfang eine herausragende Rolle spielt wie z. B. in Irak und Sudan.

4.3 „Präsenz in Asien“ (S. 35)

Erfreulich ist die Schwerpunktsetzung „Asien“; hier insbesondere China und Indien. Es sollte dargestellt werden, welcher Mix der drei Angebote den asiatischen Raum am besten „bespielen“ könnte.

Der Darstellung der DW zu China wird zugestimmt. Die Anstrengungen, den chinesischen Medienmarkt – insbesondere im TV-Bereich – zu erreichen, sollten weiter verstärkt werden, auch um den hohen Erwartungen der deutschen Wirtschaft entgegen zu kommen. Die Lösung der Lizenzfrage werden außenpolitisch ebenso unterstützt wie die Bemühungen um Kooperation mit chinesischen Sendern. Die Bundesregierung hofft, dass die Formate in technischer und sprachlicher Hinsicht an die chinesischen Bedürfnisse noch besser angepasst werden.

Die Präsenz der DW in der Türkei ist außenpolitisch erwünscht. Dem Interesse von TV-Sendern in der Türkei, ein türkischsprachiges TV-Programm der DW zu übernehmen,

sollte möglichst weit entsprochen werden. Die Türkei ist mit 75 Millionen Einwohnern ein wichtiges Zielgebiet.

4.4 Afghanistan (S. 19 bzw. 36)

Die DW hat Hervorragendes zur Stabilisierung des demokratischen Aufbaues Afghanistans geleistet. Dazu zählen die seit Mitte 2002 produzierten Nachrichtensendungen/Weltnachrichten sowie Features und Dokumentationen in Dari und Paschtu zur Unterstützung des TV-Programms von RTA in Kabul (Seite 20). Ziel war eine 'Nothilfe' (Hilfe zur Selbsthilfe), um schrittweise die Verlagerung der Produktion der Nachrichten zu RTA in Kabul zu ermöglichen. Es ist zu begrüßen, dass diese Maßnahmen RTA Kabul bis zum 30.06.2006 in die Lage versetzen werden, das bisher von der DW in Berlin produzierte Programm "*Internationale Nachrichten in Dari und Paschtu*" von Kabul aus in Eigenregie fortzusetzen.

Der Einsatz der DW-Akademie in Afghanistan hat sich als sinnvoll und effektiv erwiesen. Sie kann mit einer Zuwendung des AA (600.000 €) ab dem 01.07.2006 den „Aufbau *der TV-Projektredaktion bei RTA(Kabul) für die Produktion von Internationalen Nachrichten*“ in 2006 sicherstellen. Der DW ist nahe zulegen, den Übergangsprozess von Sendungen aus Berlin nach Kabul zu steuern und nach der Startphase in Kabul ansprechbar zu bleiben. Sie sollte darlegen, wie lange sie noch in Afghanistan präsent sein sollte.

5. **Finanzierung**

Um eine nachvollziehbare Darstellung zu ermöglichen, wäre zu überlegen, ob der Aufgabenplanung die (noch fehlende) detaillierte Kalkulation der Betriebs- und Investitionskosten *als Anlage* beigelegt werden könnte.

In einer *weiteren Anlage* ließe sich auch der Mittelbedarf darstellen für Projekte und Maßnahmen, die außerhalb der finanziellen Rahmendaten der Bundesregierung liegen, aber medienpolitisch aus Sicht der DW sinnvoll sind.

Gleichzeitig wären folgende Aspekte zu berücksichtigen bzw. zu erläutern:

- Es ist nicht substantiiert dargelegt, wie sich die geplante Steigerung der Investitionsausgaben erklärt, sondern es wird lapidar auf einen „Investitionsstau“ verwiesen. Es ist fraglich, wie ein drei- bis vierjähriger „Investitionsstau“ entstehen kann, der dann in nur einem Jahr wieder aufgelöst werden soll.
- Unter der Überschrift „Finanz- und Investitionsplanung“ findet sich lediglich eine Darstellung des Finanzbedarfs. Dieser wird im Wesentlichen durch den Zuschuss des Bundes zu decken sein (§ 45 DWG). Mit einzubeziehen in die Deckung des Finanzbedarfs sind aber auch die „sonstigen Einnahmen“ und die „Eigenfinanzierungsmittel“ (§ 48 Abs. 2 Nr. 3 DWG).

Insofern sind hinsichtlich der Finanzplanung auch die Beteiligungen (§ 59 DWG) und sonstigen finanziellen Engagements der Deutschen Welle mit ihren Aufwendungen und Erlösen darzustellen. Zu den eigenen Einnahmen werden lediglich Beträge mitgeteilt (vgl. S. 38), nicht jedoch die Finanzierungsquellen. Dabei werden die eigenen Einnahmen der DW mit konstant rd. 4,5 Mio. € angegeben und sind mit nicht einmal 2 % des Haushaltsvolumens im Vergleich zu anderen Organisationen des Kulturbereichs sehr gering. Sofern Steigerungsmöglichkeiten (z.B. Werbung) nicht erreicht werden können, sollten diese jedoch dargestellt werden.

6. Technische Verbreitung der Programme

Die Bundesregierung begrüßt das zunehmende Engagement der DW bei modernen Übertragungstechnologien. Durch die verstärkte Einbindung von mobilen Übertragungsplattformen (Handy) oder dem Internet (iPod TV) eröffnen sich zunehmend kostengünstigere Alternativen zur klassischen analogen KW-Verbreitung, die nicht nur eine deutliche Qualitätsverbesserung mit sich bringen, sondern auch den Grad der Erreichbarkeit in den jeweiligen Empfangsgebieten signifikant erhöhen können.

Im Bereich der Satellitenübertragung nutzt die Deutsche Welle für den europäischen Raum sowohl für Fernsehen als auch für den Hörfunk das europäische ASTRA Satellitensystem. Im Zuge der zurzeit öffentlich geführten Diskussion über Verschlüsselungsabsichten für den allgemeinen Empfang der über ASTRA ausgestrahlten Programme sollte sich die DW für die Aufrechterhaltung des freien und uneingeschränkten Empfangs positionieren und dies bei Bedarf auch öffentlich machen. Ein entsprechender Hinweis in der Aufgabenplanung wäre angebracht.

Berlin, den 18.5.2006